

Badische Zeitung Waldshut-Tiengen vom 08.03.2015

## **Waldshut-Tiengen: Fluglärmgegner wollen von Dobrindt Taten sehen**

*Die Schweiz müsse Konzepte vorlegen, um zusätzlichen Lärm auszuschließen, sagte Verkehrsminister Dobrindt zuletzt in Waldshut-Tiengen. Betroffene fordern von ihm nun mehr als nur Worte.*

Die gesamte Region und das Land ziehen an einem Strang, sagte die südbadische Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer (parteilos). Nötig sei eine deutliche Unterstützung durch den Bund. Das Nein von Minister Dobrindt zu zusätzlichen Lärmbelastungen sei ein Neuanfang, sagte der Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises, Sven Hinterseh (CDU). Den Worten müssten Taten folgen.

Dobrindt hatte am Freitagabend bei einem Bürgerdialog in Waldshut-Tiengen am Hochrhein gesagt, er lehne weitere Belastungen durch Fluglärm ab. Die Schweiz müsse Verträge und Konzepte vorlegen, die zusätzlichen Lärm ausschließen. Den von seinem Vorgänger Peter Ramsauer (CSU) ausgehandelten Fluglärm-Staatsvertrag lehne er daher in der bestehenden Form ab. Es war der erste Besuch des Ministers bei von Fluglärm Betroffenen.

Im Anflug auf den Flughafen Zürich nehmen die meisten Maschinen Kurs über deutsches Gebiet. Betroffen sind der Schwarzwald und der Bodensee. Dort gibt es seit Jahrzehnten Widerstand. Organisiert wurde der Dobrindt-Besuch von der CDU Südbaden.

Der Bezirksvorsitzende Andreas Jung und der CDU-Kreisvorsitzende Felix Schreiner erklärten am Samstag, der Bürgerdialog sei ein wichtiger Schritt zu neuem Vertrauen gewesen. Der Minister habe sehr deutlich gemacht, dass er die Interessen der Menschen in Südbaden vertritt. "Wir begrüßen seine eindeutige Absage an eine Ratifizierung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form genauso wie seine klare Ablehnung von Mehrbelastungen durch ein neues Flughafen-Konzept", sagten die beiden laut Mitteilung. "Darauf bauen wir jetzt auf."

Badische Zeitung Südwest vom 07.03.2015

## **Im Fluglärm-Streit stellt sich Dobrindt gegen die Schweiz**

*Von Schweizer Fluglärm Betroffene in Süddeutschland fordern Unterstützung durch den deutschen Verkehrsminister. Dieser kommt vor Ort. Und sagt Hilfe zu.*

"Ich werde keinem Konzept zustimmen, das zu einer Mehrbelastung der südbadischen Bevölkerung führt." Ein Satz reicht, und Alexander Dobrindt hat die 600 Besucher in der Stadthalle von Waldshut-Tiengen auf seiner Seite. Um diese Ansage zu hören, sind die meisten gekommen. Denn was sie vom Staatsvertrag mit der Schweiz beim Thema Fluglärm halten, das machen sie auf ihren Transparenten klar, die die Wände schmücken. Und noch einmal wird Begeisterung laut, als der Bundesverkehrsminister versichert, den

von seinem Vorgänger und CSU-Parteifreund Ramsauer ausgehandelten Staatsvertrag nicht in den Bundestag einzubringen.

Als Bürgerdialog hat der CDU-Südbaden-Chef Andreas Jung den Abend angelegt. Die Leute sollen ihre Anliegen vorbringen, Fragen stellen, Bedenken äußern. Zuvor aber melden die vier Landräte der betroffenen Landkreise die Belange an: Martin Kistler aus Waldshut fordert den Weiterbau der A 98, Frank Hämmerle (Konstanz) den Lückenschluss bei

der B 33 zwischen Allensbach und Konstanz, Marion Damann (Lörrach) die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke der Eisenbahn und den kreuzungsfreien Anschluss des Katzenbergtunnels an die Neubaustrecke am Oberrhein, Sven Hinterseh (Schwarzwald-Baar-Kreis) wie die anderen auch weniger Nordanflüge – die Liste ist lang, die dem aus Berlin angereisten Regierungsmitglied vorgelegt wird.

In seiner Antwort bleibt Dobrindt vage. Bei der A 98 rät er die Variante zu bauen, die rasch gebaut werden kann. Bei der Hochrheinstrecke sieht der Bayer das Land und beim Fluglärm die Schweiz in der Pflicht. Sie müsse bei Flugrouten, Nordanflug und Betriebszeiten ein Angebot vorlegen – eines, das verbindlich ist.

Ansonsten bleibt Dobrindt allgemein und verteidigt sein Mautkonzept: Es sei ein Systemwechsel hin zur Nutzerfinanzierung der Infrastruktur. Er kündigt zudem an, künftig mehr Infrastrukturprojekte über öffentlich-private Partnerschaften zu finanzieren. Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer fordert

### Deutschlandfunk vom 07.03.2015

Debatte über Fluglärm

## **Dobrindts vage Zusagen**

Von Michael Brandt

*Im südlichen Baden-Württemberg herrscht Unruhe: Viele Menschen fühlen sich durch den Fluglärm vom nahen Flughafen in Zürich gestört. Sie fordern Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt auf, was zu tun. Der hat sich in Tiengen einem Bürgerdialog gestellt.*

Es ist ein makellos blauer Abendhimmel über dem Südschwarzwald, in der Abendsonne glitzern die Flieger, die ein paar Minuten später und ein paar Kilometer südlich auf dem Flughafen Zürich-Kloten landen werden, den Krach hinterlassen sie hier. In Tiengen, in Klettgau oder in Hohentengen, alles Gemeinden an den Hängen des Schwarzwalds in Richtung Rhein. Und jetzt sitzen sie hier, die lärmgeplagten Menschen, in der Stadthalle in Tiengen und warten.

eine Perspektive für die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, die 2018 ausläuft und für die es keine Nachfolge gibt. Bei der Hochrheinstrecke sieht auch Schäfer eine Pflicht bei der Bahn, deren Eigner sei nun mal der Bund.

Beifallskönig an diesem Abend ist aber eindeutig Martin Benz, der Bürgermeister von Hohentengen. Wenn Dobrindt den Staatsvertrag ablehne, stichelt er, dann bedeute dies das Eingeständnis, dass sein Vorgänger schlecht verhandelt habe. "Ich glaube, dass Sie unsere Interessen vertreten – aber ich kann das noch nicht erkennen." Die Schweiz exportiere weiter ihren Lärm, das sei nicht länger hinnehmbar. Aktuell, berichtet Benz, steige die Zahl der Flugbewegungen ebenso wie die der Ausnahmen in den Sperrzeiten. Dobrindt solle nicht auf ein Angebot warten, er solle sagen, wie Deutschland sich die Regelung vorstellt. Für Benz kann das nur eine sein: die Stuttgarter Erklärung, die eine Obergrenze für Nordanflüge festlegt.

Frau: "Der Lärm macht krank. Und zwar ist es so, das der Lärm... Im Drei-Minuten-Turnus ist es manchmal ganz heftig, dass Sie sich nicht unterhalten können."

Mann: "Als ich angefangen habe, drüber zu kämpfen, waren meine Kinder im Garten, und die haben Angst gehabt. Eine meiner Töchter kam dann und hat mir erklärt: Papa, Donner."

Die Menschen sitzen. Sie warten auf Alexander Dobrindt, den Bundesverkehrsminister, denn der ist am Ende zuständig für die Verträge mit der Schweiz, mit denen die Überflugrechte geregelt werden. Alle 600 Bürger, die zu diesem Dialog gekommen sind, können beten, um was es geht: einen Staatsvertrag, den Dobrindts Vorgänger Ramsauer 2012 mit der Schweizer Verkehrsbundesrätin Leutardt geschlossen hat, und über den selbst der örtliche Landrat Martin Kistler sagt:

"Wir sind froh, dass eine Ratifizierung bisher nicht stattgefunden hat. Und ich gehe auch weiterhin davon aus, dass eine Ratifizierung nicht stattfindet und dieser Vertrag tot ist."

### **"Wir wollen den Staatsvertrag nicht"**

Aus Sicht der Südbadener öffnet der Staatsvertrag Tür und Tor für zusätzliche Flüge über dem Schwarzwald. Handwerklich schlecht, nicht akzeptabel, heißt es hier: Ramsauer hat sich von den Schweizern über den Tisch ziehen lassen.

Frau: "Der Ramsauer, das darf ich ja gar nicht laut sagen..."

Mann: "...der hat uns in Blumberg angelogen nach Strich und Faden."

Frau: "Eigentlich habe ich ja nichts erwartet von dem Ramsauer, und das hat er ja auch erfüllt."

Veranstalter des Bürgerdialogs mit dem neuen Bundesverkehrsminister ist die örtliche CDU - die Gegend ist fest in schwarzer Hand. Und in diesem Fall haben sich die Bundestagsabgeordneten von vor Ort dafür stark gemacht, dass der Staatsvertrag nicht in Kraft tritt. Und sie haben dafür gesorgt, dass Dobrindt kommt und mit den Leuten redet. Der Konstanzer Abgeordnete Andreas Jung:

"Wir haben eine klare Position. Die Position heißt: Wir wollen den Staatsvertrag nicht. Die Position heißt: Wir brauchen Entlastung, wir wollen keine zusätzliche Belastung, und über diese Position werden wir mit dem Minister sprechen."

Aber, Ironie des Abends: Der Verkehrsminister steckt im Stau. Denn die Überflüge sind nicht das einzige Problem der Region, auch der Autoverkehr zwischen Lörrach und dem Bodensee ist eine Katastrophe, und die Bahnlinie müsste schon lange elektrifiziert werden.

Der Saal ist unruhig, die Rückseite ist mittlerweile mit Transarenten tapeziert: "Touristen verwöhnen, mit Fluglärm dröhnen", ist zu lesen. Oder:

Frau: "Lärm, Gestank, der Bürger voll Wut – Hauptsache, die Gewinne sind gut."

### **Ein Bürgerdialog ohne Bürger**

Eine halbe Stunde zu spät kommt dann der Minister, und dann zeigt die CDU, was sie unter Bürgerdialog versteht: Begrüßung durch den Bundestagsabgeordneten, dann je fünf Minuten für die drei Landräte der betroffenen Kreise, dann die Regierungspräsidentin, dann der Herr Minister, der in der Zwischenzeit alle Transparente gelesen hat.

Dobrindt: "Da steht: Lieber Herr Dobrindt, Sie sind kein Schweizer Bundesrat. Ja, meine Damen und Herren, ich bin kein Schweizer Bundesrat, ich bin deutscher Verkehrsminister, und als deutscher Verkehrsminister nehme ich Ihre Interessen wahr, ganz einfach."

Dobrindt spricht fast eine halbe Stunde, ist sichtbar bemüht, den Ball flach zu halten, durch lange Pausen, durch Exkurse über die Vorteile der PKW-Maut, durch Zusagen an die Menschen.

"Ich werde keinem Konzept zustimmen, das zu einer Lärmmehrbelastung der südbadischen Bevölkerung führt, das wird es nicht geben."

Es folgen drei Sprecher von Bürgerinitiativen, ein Ex-Landrat, drei Bürgermeister, zwei Bundestagsabgeordnete, und es zeigt sich einerseits: Hier sind wirklich alle sauer, so sauer, dass selbst Honoratioren gelegentlich die guten Manieren gegenüber dem Nachbarn in der Schweiz vergessen:

Mann: "Die Ausgangslage ist ganz einfach, dass seit ich weiß, die Schweiz mit allen Mitteln versucht, die Lasten ihres Flughafens

in unsere Region zu verlagern."

Mann: "Die verantwortlichen schweizerischen Stellen exportieren seit Jahrzehnten rücksichtslos Belastungen von ihrem Land zum Schutz ihrer Bevölkerung auf unser Gebiet."

### **Dobrindt will nichts versprechen**

Nach reichlich zwei Stunden hat dann auch einmal eine ganz normale Bürgerin das Mikrofon in der Hand, und sie verweist auf die sogenannte Stuttgarter Erklärung, auf die sich 2009 die gesamte Region geeinigt hat, und zwar eine absolute Obergrenze von 80.000 Flügen pro Jahr:

"Und da das ja ein Bürgerdialog ist, würde ich mir zum Abschluss des Tages doch noch am Ende wünschen, eine klare Aussage dazu, ob sie hinter die Forderungen der Stuttgarter Erklärung zurückweichen werden oder ob sie sie voll umfänglich in einem Staatsvertrag als Minimum durchsetzen werden. Danke."

Die meisten Menschen sitzen seit dem späten Nachmittag in der Mehrzweckhalle, und so leeren sich allmählich die Reihen. Die ersten Fluglärmgegner rollen ihre Transparente ein, und die Aufmerksamkeit sinkt spürbar, als Dobrindt nach fast vier Stunden zu seiner Antwort auf die inzwischen gut 30 Fragen kommt. In Kurzform klingt sie so:

"Ich kann heute auch kein Versprechen abgeben und sagen, ab morgen wird es besser."

Immerhin erklärt er sich bereit, einen der Wortführer der Fluglärmgegner bei sich im Ministerium in Berlin zu empfangen. Zur

Nachfrage, ob er sich für die Einhaltung der Stuttgarter Erklärung, also maximal 80.000 Flüge pro Jahr einsetzen wird, sagt er:

"Ich habe keinen Zweifel, dass die Stuttgarter Erklärung Ausgangspunkt für Verhandlungen sein muss. Überhaupt keinen."

Kaum sind die Fluglärmgegner draußen, werden Stühle gestapelt und die Tiengener Mehrzweckhalle wird fürs Sporttraining am Wochenende vorbereitet. Aber beim Rausgehen zeigt sich: So unzufrieden sind die Zuhörer gar nicht mit den spärlichen Zusagen, die der Minister gemacht hat. Lieber erst mal zuhören und nachdenken als etwas versprechen, was man dann nicht halten kann, sagen zumindest die einen.

Mann: "Lieber so und einen glaubwürdigen Eindruck, wie dass er irgendwas erzählt und dann nicht einhält. Das haben wir in der Vergangenheit genug erlebt."

Mann: "Es wird so bleiben, wie es ist."

Frau: "Nein, ich bin nicht zufrieden, sorry. Weil wir haben wirklich tagaus tagein Lärm, von früh bis spät sieben Tge die Woche, das ist echt eine Katastrophe."

Nach dem Bürgerdialog leuchtet der Mond über dem Hochrhein, geflogen wird um diese Zeit nicht mehr, aber am nächsten Morgen ab sechs geht er wieder los, der Flugbetrieb in Zürich-Kloten.

SWR Landesschau Aktuell vom 06.03.2015

Verkehrsminister in Waldshut

## **Dobrindt legt Fluglärm-Staatsvertrag auf Eis**

*Bundesverkehrsminister Dobrindt hat den Menschen am Hochrhein Unterstützung in Sachen Fluglärm zugesagt. Der Staatsvertrag mit der Schweiz dürfe keine Mehrbelastung bringen.*

Im Streit um Schweizer Fluglärm über Süddeutschland will Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sich gegenüber der Schweiz für deutsche Interessen einsetzen. Das versprach Dobrindt am Freitagabend vor rund 600 Zuhörern bei einem Bürgerdialog im vom Fluglärm besonders geplagten Waldshut-Tiengen. Er werde keinen Plänen zustimmen, die zu einer weiteren Belastung der deutschen Seite führen. Auch dem von seinem Vorgänger Peter Ramsauer (CSU) ausgehandelten Fluglärm-Staatsvertrag erteilte Dobrindt eine Absage.

### **Keine Unterschrift bei mehr Lärm**

"Es darf zu keiner Mehrbelastung durch Fluglärm kommen", sagte Dobrindt. Dies gelte für die vom Zürich beantragten neuen Flugrouten ebenso wie für den deutsch-schweizerischen Staatsvertrag. Die Schweiz sei nun am Zug. Sie müsse Belastungen für Deutschland vermeiden und dies in Verträgen und Konzepten garantieren. "Solange die noch offenen Fragen nicht klar beantwortet sind,

werde ich den Staatsvertrag nicht in den Bundestag zur Abstimmung schicken", sagte der Minister. Er bleibe damit auf Eis.

### **Dobrindt will Versäumnisse seines Vorgängers gutmachen**

Es war der erste Besuch des Ministers bei von Fluglärm Betroffenen. Sein Vorgänger Ramsauer hatte eine Visite vor Ort stets abgelehnt. "Es hat in der Vergangenheit Versäumnisse gegeben, auch in der Kommunikation mit den Menschen hier vor Ort", sagte Dobrindt. Dies wolle er verändern.

Im Anflug auf den Flughafen Zürich nehmen die meisten Maschinen Kurs über deutsches Gebiet. Im Schnitt setzen jeden Tag 360 Flieger über Südbaden zur Landung an. Betroffen sind der Schwarzwald und der Bodensee. Dort gibt es seit Jahrzehnten Widerstand. Organisiert wurde der Dobrindt-Besuch von der CDU Südbaden.

SWR Landesschau Aktuell vom 07.03.2015

Waldshut-Tiengen

## **Dobrindt gegen Fluglärm**

Nach dem Besuch von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt fordern Betroffene und Politiker die Eindämmung des Schweizer Fluglärms über Süddeutschland. Das Nein von Minister Dobrindt zu zusätzlichen Lärmbelastungen sei ein Neuanfang, sagte der Landrat des Schwarzwald- Baar-Kreises, Sven

Hinterseh. Den Worten müssten Taten folgen. Dobrindt hatte gefordert, dass die Schweiz Konzepte vorlegen müsse, die zusätzlichen Lärm ausschließen. Den von seinem Vorgänger Ramsauer ausgehandelten Fluglärm-Staatsvertrag lehnte er daher in der bestehenden Form ab.